



NEWSLETTER 05/2018

FORUM | MIGRATION



Symbolfoto: © carlosgardel – Fotolia.com

Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen

Seit März 2018 ist Annette Widmann-Mauz (CDU) Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt.

Forum Migration: Welche Rolle spielen die Gewerkschaften für die Integration?

Annette Widmann-Mauz: Die Teilhabe am Erwerbsleben ist ein wesentlicher Faktor, wenn es darum geht in einer Gesellschaft anzukommen. Mit ihrem Einsatz für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt, guten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen leisten Gewerkschaften dazu einen wesentlichen Beitrag. Sie sind dadurch ein bedeutender Wegbereiter für Integration und auch des gesellschaftlichen Friedens. Denn das, was sie über die Jahre erkämpft haben, kommt allen Arbeitnehmer_innen mit und ohne Migrationshintergrund zugute. Ich bin überzeugt, dass der DGB Bundeskongress wichtige Weichen stellen wird, um die soziale Marktwirtschaft in unserem Land zukunftsfest zu machen.

Soll es Lockerungen bei den Arbeitsmöglichkeiten für Menschen mit Duldung und „schlechter Bleibeperspektive“ geben?

Ich halte es für richtig, dass Menschen, die länger hier leben, etwa weil sie eine Duldung aus humanitären

oder persönlichen Gründen haben, auch Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen und an Integrationsmaßnahmen teilhaben. Gleiches gilt auch für viele Asylsuchende. Deshalb haben wir z.B. auch die Zugangsfrist zum Arbeitsmarkt grundsätzlich auf drei Monate verkürzt. Das nutzt den einzelnen Zuwanderern – übrigens selbst im Falle einer Rückkehr ins Herkunftsland – ist aber auch im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Im Koalitionsvertrag ist vor allem von „Fordern“ die Rede – wie kommen das „Fördern“ und das „Willkommen“ zurück?

Integration beruht auf Gegenseitigkeit. Deshalb gehört das „Fordern und Fördern“ – wenn Sie so wollen – auch zusammen. Wichtig ist, dass wir die vielen einzelnen Integrationsmaßnahmen, die es gibt, jetzt auf den Prüfstand stellen und eine ehrliche Zwischenbilanz ziehen. Das will ich zügig angehen. Wir müssen uns ansehen, welche dieser Angebote erreichen die Menschen, welche müssen weiterentwickelt werden, damit Integration besser gelingt. Wer beispielsweise eine Bleibeperspektive hat, muss früh die Sprache lernen und muss einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Unterstützungsangebote müssen dann aber auch wahrgenommen werden.



Vollständiges Interview: www.migration-online.de/widmann-mauz

INHALT 05/2018

Zugang zum Arbeitsmarkt schaffen	1
Editorial	2
21. DGB Bundeskongress 2018 – Parlament der Arbeit	2
„Vielfalt darf kein Lippenbekenntnis sein“	3
Was bringt das neue Entsenderecht?	3
Aktionen für Migrantinnen und Migranten	4
Viele neue Bürger_innen aus dem Osten	4
Einwanderungsrecht: Den Dschungel lichten	5
Forscher: Islamdebatte grenzt junge Muslime aus	5
Das kostet der Mindestlohn-Betrug	5
Am liebsten in die große Stadt	6
Kritik an Spahns Pflege-Plänen	6
Anerkennungs-News	6
News + Termine	7
Impulse für Offenheit setzen – Kommentar von DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntbach	8



Editorial

Wer wir sind und was wir tun

Für die Gewerkschaften ist heute klar: Beschäftigte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt oder gespalten werden. Als Gewerkschafter_innen treten wir ein für gleiche Rechte für alle Arbeitnehmer_innen. Und auch für das Recht, überhaupt Arbeitnehmer_in werden zu dürfen, wenn man in dieses Land kommt. Auch seit ab 2015 die Zuwanderung stieg und die Debatte härter wurde, sind die Gewerkschaften eine starke Stimme für Integration. Das ist auch die Aufgabe des Bereichs Migration & Gleichberechtigung im Bildungswerk des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir sind ein 35-köpfiges interdisziplinäres, mehrsprachiges Team. Wir entwickeln Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote zu den Themen Migration, Integration, Vielfalt und Grundbildung. Denn wir glauben: Es braucht diese Form der Bildungsarbeit, damit Migrant_innen im Einwanderungsland Deutschland gleichberechtigt und aktiv mitgestalten und mitentscheiden. Entwicklungen wie die EU-Erweiterung, die fortschreitende Globalisierung der Märkte und Flucht und Vertreibung aus Krisenregionen können nur von allen gemeinsam gestaltet werden. Dazu brauchen alle Wissen, Kompetenz und einen Austausch über Handlungsmöglichkeiten. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit anderen für die Chancengleichheit von kulturellen Minderheiten, Arbeitsmigrant_innen und deren Kinder, Flüchtlingen und Aussiedler_innen ein. Allein in den letzten Monaten haben wir direkt oder indirekt über 1.000 Menschen geschult und beraten. Der Newsletter Forum Migration ist seit 20 Jahren unser Schaufenster und unser Debattenplatz. Wir berichten hier über Aktuelles aus der Schnittstelle von Migration und Arbeitswelt. Neben den eigenen Aktivitäten bereiten wir hier alles auf, was interessant für Gewerkschafter_innen und betriebliche Interessenvertretungen ist. Wir sehen uns aber auch als Sprachrohr der Gewerkschaften und Betriebe nach außen. Wir wollen das beeindruckende Engagement zeigen, das es in der Gewerkschaftsfamilie auf dem Feld der Integration gibt. Die härter werdenden Debatten, die heute zur Migrationsfrage geführt werden, strahlen natürlich auch in die Gewerkschaften aus. Dem müssen und wollen wir uns stellen. Wir haben eine klare Haltung – und gerade deswegen wollen wir, dass dieser Newsletter auch der Ort für gewerkschaftliche Kontroversen rund um das Integrationsthema ist. Wir laden alle herzlich dazu ein, uns zu lesen – jeden Monat, immer am 1., kostenlos per Online-Abo.

DGB Bildungswerk
 Bereich Migration & Gleichberechtigung
 Daniel Weber, Leiter
 Michaela Dälken, Leitung Kompetenzzentrum
 Globale Mobilität und soziale Sicherheit

Forum Migration abonnieren: <https://bit.ly/2Ji8cXq>

21. DGB Bundeskongress 2018 – Parlament der Arbeit

Sechs Anträge beim Bundeskongress befassen sich mit Migration und Integration. Darum geht's:

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa (A001)

Die wichtigste Forderung:

Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ soll uneingeschränkt gelten. Arbeitsbedingungen bei Unternehmen, die Beschäftigte aus anderen EU-Staaten entsenden, sollen strenger kontrolliert, Sanktionsmöglichkeiten verschärft werden.

Warum ist das wichtig?

Mobile und entsandte Beschäftigte in Deutschland und Europa sind vielfach ausbeuterischen Praktiken und Lohndumping ausgesetzt. Das gilt vor allem für Branchen wie die Bau-, die Fleisch- und die Transportindustrie. Das Projekt „Faire Mobilität“, ein Partner des DGB Bildungswerk BUND (siehe auch Seite 3), unterstützt Betroffene. Gleichzeitig vernetzen wir uns mit Gewerkschaften in anderen EU-Staaten um transnational gegen Ausbeutung vorzugehen. Dafür braucht es noch mehr Unterstützung.

www.faire-mobilitaet.de

Bildungsräume als geschützte Räume (A004)

Die wichtigste Forderung:

Aus Kitas und (Berufs-)Schulen sollen keine Abschiebungen vollzogen werden dürfen. Dafür soll der DGB kämpfen.

Warum ist das wichtig?

Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland nimmt zu. Davon sind auch Schüler_innen und Auszubildende betroffen, die von der Polizei aus dem Unterricht abgeholt wurden. Von Lehrer_innen wurde teils erwartet, an den Abschiebungen mitzuwirken. Die GEW lehnt dies ab und hat dazu eine Handreichung erarbeitet:

www.gew-bayern.de/Leitfaden_Abschiebung

Gegen Fremdenfeindlichkeit und für eine offene Gesellschaft (A005)

Die wichtigste Forderung:

Die Gewerkschaften sollen mehr Aufklärungsarbeit im Betrieb gegen Rassismus leisten und nicht mit der AfD zusammenarbeiten.

Warum ist das wichtig?

Die rechte Sammlungsbewegung „Ein Prozent“ hat bei den letzten Betriebsratswahlen versucht, mit rassistischen Parolen Kolleg_innen gegen Geflüchtete und Migrant_innen aufzuhetzen. Zwar hatte die Initiative bei den Abstimmungen nur sehr begrenzten Erfolg. Doch jetzt ist es wichtig, auf betrieblicher Ebene für die Willkommenskultur einzutreten und jeden Versuch rassistischer Spaltungen zurückzuweisen. Das DGB Bildungswerk BUND bietet dafür seit Langem eine Vielzahl an Seminaren und

Weiterbildungen für Betriebsräte und aktive Kolleg_innen in ganz Deutschland an (siehe auch Seite 7). Termine und Informationen dazu stehen unter:

www.migration-online.de

Situation von Geflüchteten in Deutschland verbessern (A010)

Die wichtigsten Forderungen:

Das Asylrecht soll zu Gunsten der Flüchtlinge reformiert werden. Nach erfolgreichem Abschluss von Ausbildung oder Studium soll das Bleiberecht für junge geflüchtete Menschen entfristet werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sollen sich in den Betrieben, in Politik und Gesellschaft dafür einsetzen, dass das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete erleichtert und die Beratungsangebote für ihre Integration in Ausbildung und Arbeit verbessert werden.

Warum ist das wichtig?

Die neue Bundesregierung hat sich vorgenommen, durch ein härteres Asylrecht dafür zu sorgen, dass weniger Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Gewerkschaften sind gefordert, das Recht auf Schutz und das Recht auf Arbeit und Ausbildung von Geflüchteten zu stärken.

(siehe auch Seite 7 und <https://bit.ly/2HN93jp>).

www.dgb.de/extra/fluechtlinge

Teilhabe geflüchteter Frauen (A011)

Die wichtigste Forderung:

Der Staat soll Maßnahmen ergreifen, damit geflüchtete Frauen besser auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Unternehmen, die keine innerbetriebliche Beschwerdestellen nach dem AGG haben, sollen dies nachholen.

Warum ist das wichtig?

Geflüchtete Frauen sind in Lagern besonderen Problemen ausgesetzt. Auf dem Arbeitsmarkt werden sie vielfach diskriminiert. Bislang gibt es nur punktuelle Hilfen speziell für geflüchtete Frauen. Hier könnten sich auch die Gewerkschaften stärker engagieren.

<https://bit.ly/2nB2dH7>

Menschenhandel und Arbeitsausbeutung von Frauen (B022)

Die wichtigste Forderung:

Menschenhandels-Opfer sollen besser unterstützt werden. Beratungsstellen sollen öffentlich stärker auf Frauen als Betroffene aufmerksam machen.

Warum ist das wichtig?

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind weltweit 40 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen – und 71 Prozent davon sollen Frauen sein. Dies betrifft auch Menschen in Deutschland. Im September hat Arbeit und Leben Berlin dazu eine Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel vorgestellt:

<https://bit.ly/2HN9sCr>



„Vielfalt darf kein Lippenbekenntnis sein“

Das Motto des 21. DGB Bundeskongress 2018 lautet „SOLIDARITÄT_VIELFALT_GERECHTIGKEIT“. Aber wie vielfältig sind die Delegierten? Da ist noch viel Luft nach oben, sagt der ver.di Migrationsreferent Romin Khan. Das müsse sich ändern. Er fordert eine aktive Beteiligungspolitik mit denselben Instrumenten wie im Bereich Geschlechterpolitik.

Forum Migration: Romin, Du kritisierst, dass auch bei diesem Kongress kaum Kolleg_innen mit Migrationshintergrund unter den Delegierten sind. Was heißt das konkret?

Romin Khan: ver.di hat in diesem Jahr etwa 130 Delegierte zum DGB Kongress entsandt. Ich schätze etwa zwei bis drei Prozent davon haben einen Migrationshintergrund. Es stellt sich natürlich die Frage, inwiefern sich hier die gewerkschaftlichen Realitäten widerspiegeln, wenn zum Kongress Spitzenfunktionäre zusammenkommen. Aber klar ist: Das sind viel zu wenige. Gerade wenn wie in diesem Jahr das Motto „SOLIDARITÄT_VIELFALT_GERECHTIGKEIT“ ist, muss sich die Vielfalt auch in den eigenen Reihen widerspiegeln. Die Gewerkschaften sind hier ganz sicher gefordert, dafür zu sorgen, dass Vielfalt

kein Lippenbekenntnis bleibt.

| Du sagst, es sei fraglich, ob sich die gewerkschaftlichen Realitäten in der Zusammensetzung der Delegierten widerspiegeln. Wie migrantisch ist denn diese Realität?

| Die jüngsten Streiks der IG Metall und auch im öffentlichen Dienst haben eindeutig gezeigt, dass die Kolleg_innen mit Migrationshintergrund zu den aktivsten Gruppen gehören. Und eine groß angelegte Untersuchung der IG Metall hat kürzlich nachgewiesen, dass es eine überdurchschnittliche Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte in den Interessenvertretungen und in den betrieblichen Strukturen der IG Metall gibt. Dazu muss es auch in den Gremien eine Entsprechung geben.

| Die IG Metall hat mit dieser Befragung ermittelt, dass etwa ein Fünftel der IG Metall-Mitglieder einen Migrationshintergrund haben. Bei den Betriebsräten und den Vertrauensleuten liegt dieser Anteil noch deutlich höher. Hat ver.di eine vergleichbare Studie wie die IG Metall durchgeführt?

| Leider nicht. Es wäre sehr interessant zu wissen, was dabei herauskommt.

| Wie kann es gelingen, die Gremien zu verändern?

| Nur durch einen konkreten politischen Plan, nicht

durch Appelle oder Bekenntnisse. Dass diese nichts bringen, hat die Vergangenheit gezeigt. Es braucht einen politischen Plan für das Empowerment der migrantischen Kolleg_innen und für die Öffnung der Strukturen. Dazu müssen wir uns die Instrumente anschauen, die in der Vergangenheit ja bereits funktioniert haben.

| Du meinst Instrumente aus dem Bereich Gender-Gleichstellung?

| Genau. Gleichstellungspläne, Quotierungen, solche Dinge. Die haben beim Thema Beteiligung von Frauen dazu beigetragen, dass sich die Gremien verändert haben. Warum soll das im Bereich Integration nicht auch möglich sein?



Foto: © Christian Jungblott

Was bringt das neue Entsenderecht?

Mit der Angst vor „Billigkonkurrenz“, etwa durch Beschäftigte aus Osteuropa, machen rechte Gruppen Stimmung gegen entsandte und mobile Beschäftigte. Für die DGB Gewerkschaften ist klar: Nicht Abschottung, sondern nur die Durchsetzung gleicher Rechte für alle schützt wirksam vor Lohndumping. Was können die Gewerkschaften konkret tun? Und was bringt die neue Entsenderichtlinie der EU?

„Es gibt ein wirtschaftliches Ungleichgewicht in Europa“, sagt der Leiter des DGB Projekts Faire Mobilität, Dominique John. Der Mindestlohn in Rumänien liege beispielsweise bei 422 Euro. Dieses Ungleichgewicht werde von Unternehmern ausgenutzt: Sie lassen hier ausländische Kollegen als Billigarbeiter malochen – das nennt man Lohndumping. „Was wir machen können, ist gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass alle diejenigen, die hier arbeiten, den gleichen Lohn bekommen“, sagt John. Diese Forderung müsse nicht nur umgesetzt werden, um den ausländischen Kollegen zu helfen, die nach Deutschland kommen: „Dabei geht es um alle, die hier arbeiten. Denn alle diejenigen, die hier arbeiten, haben was davon, wenn die, die aus anderen Ländern hierherkommen zumindest nach den Mindeststandards behandelt und entlohnt werden.“

Rund 17 Millionen EU-Bürger_innen leben und arbeiten in einem anderen Mitgliedsland der Euro-

päischen Union – mehr als doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Weitere 1,4 Millionen pendeln täglich über die Grenze zu ihrem Job. Viele von ihnen arbeiten nicht zu gleichen Bedingungen wie ihre einheimischen Kolleg_innen. Mit Tricks wie längeren Arbeitszeiten oder unfairen Abzügen werden etliche von ihnen ausgebeutet. Das bisherige Recht konnte Ausbeutung in der Pflege oder auf dem Bau nicht verhindern.

Seit Langem haben die Gewerkschaften deshalb für eine Reform des Entsenderechts gekämpft. Am 11. April 2018 hat der Europäische Rat die Überarbeitung der Richtlinie (96/71/EG) gebilligt. Jetzt fehlt nur noch die Abstimmung des Europäischen Parlament.

Das sieht die neue Richtlinie vor:

| Die Lohngleichheit gilt vom ersten Tag der Entsendung an.

| Der Begriff der langfristigen Entsendung wird für Arbeitseinsätze von mehr als 12 Monaten eingeführt. Danach unterliegen entsandte Arbeitnehmer_innen in fast jeder Hinsicht dem Arbeitsrecht des Gastlandes.


| Tarifverträge können nicht nur – wie bisher – im Bausektor auf entsandte Arbeitnehmer_innen angewandt werden, sondern in allen Sektoren und Branchen.

| Leiharbeitsunternehmen müssen entsandten Arbeitnehmer_innen die gleichen Bedingungen bie-

ten wie sie für Leiharbeitnehmer im Mitgliedstaat, in dem die Arbeit erbracht wird, gelten.

Dem Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ kommen wir damit einen großen Schritt näher, sagte DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach. Entsendete Beschäftigte haben Anspruch auf Zuschläge und Zulagen, Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung der von ihnen entsandten Mitarbeiter_innen zu tragen. „Damit wird auch den seit Jahren bekannten missbräuchlichen Unternehmenspraktiken hoffentlich ein Riegel vorgeschoben, Reisekosten unzulässig vom Lohn abzuziehen“, sagte Buntentbach.

Dagegen kritisiert der DGB, dass die neuen Regelungen nicht für LKW- und Busfahrer im internationalen Straßentransport gelten sollen. Bestimmte Berufsgruppen von den verbesserten Entsendebestimmungen auszuklammern, bedeutet, vorsätzlich Entsendete erster und zweiter Klasse zu schaffen. Diese Ungleichbehandlung ist weder begründbar noch hinnehmbar. Der DGB fordert die Bundesregierung und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, sich in den Verhandlungen um das so genannte Mobility-Package auch für die zehn Millionen Beschäftigten im EU-Straßentransport starkzumachen.

 Bericht von der DGB Konferenz „Mobility Package“:
<https://bit.ly/2qV718L>



Aktionen für Migrantinnen und Migranten

Seit nunmehr siebzehn Jahren arbeiten wir im DGB Bildungswerk BUND in unserer Abteilung Migration & Qualifizierung zum Thema Migration, Integration und Vielfalt. Um einzelne Aktivitäten vertieft durchführen zu können, nutzen wir Projekte. Einige davon möchten wir hier vorstellen.

Berufliche Anerkennungsberatung für Geflüchtete

Viele Geflüchtete bringen eine abgeschlossene Berufsausbildung mit, verfügen zudem über formelle und informelle Qualifikationen, die ihren Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern können. Doch die Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen ist für sie aufgrund der zerklüfteten Anerkennungslandschaft oft schwer. Beratungsstellen gibt es über das IQ Netz in ganz Deutschland. In NRW kümmert sich unter anderem die gewerkschaftliche IQ Consult um die Beratung der Geflüchteten zur Anerkennung.

IQ Consult gGmbH
Gülsah Tunali, Telefon: 0211 4301 187
G.Tunali@iq-consult.de

Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales
www.netzwerk-iq.de

Fair Posting – Unterstützung für entsandte Beschäftigte

Entsandte Beschäftigte aus den osteuropäischen EU-Staaten gehören zu den verletzlichsten Beschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Immer

wieder gibt es Fälle von Ausbeutung und Lohn-dumping. Aufgrund des transnationalen Charakters der Entsendung sind transnationale Kooperation von Beratungsstellen unerlässlich. Im Projekt Fair Posting haben wir deshalb mit Unterstützung der gewerkschaftlichen Partnerorganisationen in drei Entsendeländern (Bulgarien/CITUB, Kroatien/SSSH sowie Slowenien/SSSH) drei Kompetenzzentren eingerichtet, die entsandte Arbeitnehmende unterstützen und beraten. Dabei arbeiten wir eng mit der bestehenden Beratungsstruktur des DGB Projektes „Faire Mobilität“ in Deutschland zusammen.

DGB Bildungswerk BUND
Projektleitung Fair Posting
Michaela Dälken, Telefon: 0211 4301 198
michaela.daelken@dgb-bildungswerk.de

Das Projekt wird gefördert von der Europäischen Union im Rahmen der Ausschreibung VP/2016/006

Faire Integration für Geflüchtete

Geflüchtete kennen häufig ihre Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht oder sie wissen nicht, wie sie sich gegen Unrecht wehren können. Um nicht ausgebeutet zu werden, benötigen sie Informationen und Beratung. Vor diesem Hintergrund bieten die Beratungsstellen Faire Integration geflüchteten Menschen Rat und Informationen in arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen in verschiedenen Sprachen. Begleitend unterstützt das DGB Bildungswerk BUND die Beratungsstellen, z.B. durch das Erstellen von Informationsmaterialien und Öffentlichkeitsarbeit sowie als „Second Level Support“ in der direkten Beratungsarbeit.

DGB Bildungswerk BUND
Projektleitung Support Faire Integration
Jochen Empen, Telefon: 030 212 40 543
jochen.empen@dgb-bildungswerk.de

Das Projekt findet im Rahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung (IQ) statt und wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS).

Weitere Infos zu den Projekten:
www.migration-online.de/support-faire-integration

Kollegiales Netzwerk für Grundbildung und Alphabetisierung

Trotz Schulpflicht gibt es in Deutschland mehr als 7,5 Millionen Menschen zwischen 18 und 64 Jahren, die nicht gut genug lesen und schreiben können. Sie haben Schwierigkeiten Formulare auszufüllen oder E-Mails, Warnhinweise oder Arbeitsanweisungen zu lesen. Ca. 60 Prozent dieser Personen sind erwerbstätig und somit unmittelbare Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen. Diese Menschen wollen wir mit unserem Projekt MENTO erreichen. Wir möchten sie unterstützen, vorhandenen Grundbildungsbedarf zu erkennen und Möglichkeiten der Qualifizierung zu finden.

DGB Bildungswerk BUND
Projektleitung Mento
Jens Nieth, Telefon: 0211 4301 191
jens.nieth@dgb-bildungswerk.de

Das Projekt Mento wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderzeichen W 141800Y gefördert.

Viele neue Bürger_innen aus dem Osten

Immer weniger Flüchtlinge kommen noch nach Deutschland. Aus der EU aber wandern mehr Menschen ein als zuvor – und zwar vor allem aus Osteuropa. Insgesamt zogen im vergangenen Jahr 439.000 EU-Bürger_innen in die Bundesrepublik – fast zwei Drittel mehr als im. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes geht dies vor allem auf Staatsangehörige der osteuropäischen Länder zurück, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Die höchste Nettozuwanderung entfiel auf Pol_innen (85.000) und Rumän_innen (85.000) sowie Bulgari_innen (45.000).

Seit Beginn der Freizügigkeit für Menschen aus östlichen EU-Staaten im Jahr 2007 ist deren Zahl von 919 000 auf 2,6 Millionen Ende 2017 gewachsen. Unter der ausländischen Bevölkerung insgesamt haben Zuwanderer aus den östlichen EU-Staaten einen besonders hohen Anteil in den neuen Bundesländern ohne Berlin. Hier beträgt ihr Anteil unter allen Men-

schen mit ausländischem Pass 26 Prozent, in den alten Bundesländern dagegen nur 7,8 Prozent. „Im Rahmen der Flüchtlingswelle ist Migration aus den östlichen EU-Staaten ein wenig aus dem Fokus gerückt. Aber langfristig ist sie sicher die bedeutendere und auch länger anhaltende“, sagt Ulf Brunnbauer vom Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg der Deutschen Presse-Agentur (dpa). „Das sind ja keine Armutsflüchtlinge, sondern Menschen, die Deutschland etwas anbieten, was auch nachgefragt wird auf dem Arbeitsmarkt“, betont Brunnbauer. Er erinnert an die teils hochemotionalen Diskussionen, die vor der ersten EU-Osterweiterung im Jahr 2004 geführt wurden. Während Großbritannien, Irland und Schweden ihren Arbeitsmarkt sofort für Menschen aus den neuen Ländern öffneten, schufen Deutschland und Österreich mit Übergangsfristen die höchsten Hürden.

„Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass die Befürchtungen, die man anfangs hatte, sozio-ökono-

misch nicht wirklich plausibel waren“, so Brunnbauer. „Die britische Wirtschaft hat sehr stark profitiert von osteuropäischen Einwanderern – und die deutsche und die österreichische tun das heute auch.“ Während im vergangenen Jahr 24,4 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten deutschen Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen arbeiteten, waren in diesem Bereich zwölf Prozent der in Deutschland arbeitenden Frauen aus Bulgarien und Rumänien tätig, sagt Carola Burkert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Frankfurt der dpa. „Auffällig ist, dass die Frauen aus den neuen EU-Staaten häufig einer höher qualifizierten Tätigkeit nachgehen als die männlichen Migranten aus diesen Ländern“, sagt Burkert. Männer würden vermutlich wegen Sprachproblemen oder fehlender Anerkennung ihrer Abschlüsse etwa als Lagerarbeiter oder im Wachdienst arbeiten. „Die Lohnunterschiede im Vergleich zum Einkommen im Herkunftsland sind so groß, dass für sie auch eine solche Tätigkeit finanziell attraktiver ist.“



Einwanderungsrecht: Den Dschungel lichten

Der Sachverständigenrat Migration (SVR) hat ein Einwanderungsgesetzbuch nach dem Vorbild des Sozialgesetzbuches gefordert. In Deutschland sei ein „wahrer Dschungel“ aus verschiedenen Gesetzen und Verordnungen entstanden, schreibt das Expertengremium in seinem neuen Jahresgutachten 2018. Ein Einwanderungsgesetzbuch „könnte diese Regelungen so übersichtlich und verständlich wie möglich zusammenfassen“. Zudem könnten die klareren Bedingungen für die Zuwanderung nach Deutschland in wichtigen Herkunftsräumen leichter bekannt gemacht werden.

Ein neues, umfassendes Einwanderungsgesetz sei auch ein wichtiges Signal für die politische Debatte. Es

könne „innerhalb der Gesellschaft einen Prozess der Reflexion und Selbstvergewisserung in Gang setzen“, so der SVR. Ein Gesetz könne helfen, sich darüber zu verständigen, wie das Zusammenleben in einer Einwanderungsgesellschaft wie der deutschen aussehen und welchen Grundsätzen die Integrationspolitik folgen soll. Dazu müsse die Bevölkerung in die parlamentarische Debatte eingebunden werden.

Für die Gruppe der Hochqualifizierten gebe es schon sehr „liberale Regelungen“ für die Zuwanderung, so der SVR. Dies gelte allerdings nicht für Fachkräfte mit einfacher beruflicher Qualifizierung. Für diese sollten die Zuwanderungsmöglichkeiten deshalb erweitert werden. Als „zentrale Zuzugsbarriere“ habe sich er-

wiesen, dass Zuwanderungswillige heute schon vor der Einreise nachweisen müssen, dass eine im Ausland erworbene Berufsausbildung deutschen Standards entspricht. Hier plädiert der SVR für Ausbildungskooperationen, um deutsche Ausbildungsstandards in den Herkunftsländern der Zukunft stärker zu verankern.

Zweitens könnten die bereits bestehenden Möglichkeiten für Drittstaatsangehörige erweitert werden, für eine Ausbildung einzuwandern. Schließlich empfiehlt der SVR, die Nachweispflicht in Bezug auf die Gleichwertigkeit einer im Ausland erworbenen Qualifikation flexibler zu gestalten.

 <https://www.svr-migration.de>

Forscher: Islamdebatte grenzt junge Muslime aus

Immer wieder betonen konservative Politiker öffentlich, dass der Islam „nicht zu Deutschland gehört“. Auch der neue Innenminister Horst Seehofer (CSU) gab direkt nach seinem Amtsantritt ein entsprechendes Interview. Diese Debatte wirke vor allem auf junge Muslime stark ausgrenzend, sagte der Essener Universitätsprofessor und Leiter der Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung, Hacı Halil Uslucan, dem Evangelischen Pressedienst (epd).

An die jüngere Generation mit Migrationshintergrund werde ein widersprüchliches Signal gesendet, sagte Uslucan, der auch Mitglied im Sachverständigenrat Migration (SVR) ist. Man erwarte von ihnen, sich zu integrieren. Gleichzeitig grenze man sie mit Sätzen wie „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ aus. Das sei „vollkommen widersinnig“, so Uslucan.

In Studien zeige sich die Auswirkungen insbesondere

auf die Kinder und Enkel früherer Einwanderer. „Die Fokussierung der Integrationsdebatte auf Türken, Türkeistämmige und Muslime schafft Skepsis bei denen, die hier geboren und aufgewachsen sind“, so Uslucan. „Sie wollen, dass der Mehmet das bekommt, was auch dem Sebastian zusteht.“

Uslucan sagte, die Religion dürfe bei der Integration nicht überschätzt werden. Repräsentative Umfragen des SVR hätten ergeben, dass die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft vor allem am festen Arbeitsplatz und an der Staatsangehörigkeit bemessen werde. Fragen von Religiosität oder kultureller Herkunft seien nachrangig. Im Bildungsbereich zeige sich dagegen deutlich, dass die ökonomische Situation der Eltern entscheidender für Erfolge in Schule und Beruf ist als die Religionszugehörigkeit.

Uslucan begrüßte, dass Seehofer den Dialog in der Deutschen Islamkonferenz fortsetzen wolle. Es sei richtig, zu überlegen, wie man deutsche Moschee-



Professor Uslucan. © ZfTI

Gemeinden von der Finanzierung aus dem Ausland entkoppelt, so Uslucan. Er regte an, zu prüfen, „welche Aufgaben auch über eine staatliche Finanzierung aufgefangen werden könnten“.

Das kostet der Mindestlohn-Betrug

Mehr als sieben Milliarden Euro entgehen Beschäftigten und Sozialkassen jährlich

Wie oft wird der Mindestlohn umgangen? (Anteil der Mindestlohnumgehungen in %)

in Betrieben mit Tarifbindung und Betriebsrat:	1,8%
in Betrieben mit Betriebsrat:	ca. 3,1%
in tarifgebundenen Betrieben:	ca. 4,1%
in nicht tarifgebundenen Betrieben:	13,6%
in nicht tarifgebundenen Betrieben ohne Betriebsrat:	15,6%

Was kostet das?

2,2 Millionen Beschäftigte erhielten im Jahr 2016 nicht den gesetzlichen Mindestlohn, obwohl er ihnen zugestanden hätte.

Für die davon betroffenen Beschäftigten bedeutete dies im Schnitt Lohnausfälle von ca. **251 Euro pro Monat**.

Es entstand ein Schaden von mindestens **6 Milliarden Euro** entgangener Löhne plus ca. **2,8 Milliarden Euro Sozialabgaben**.



Porträt Anerkennung: Sayad Nikhbahd, Kfz-Elektriker aus Iran

Am liebsten in die große Stadt

Was in Deutschland ein Ausbildungsberuf ist, wird im Iran an der Universität gelehrt: Kfz-Elektriker. In Lahidschan, drei Stunden entfernt von Teheran, am Südufer des Kaspischen Meers, hat Sayad Nikhbahd diesen Beruf studiert. Zwei Jahre, von 2012 bis 2014, besuchte Nikhbahd die Universität, danach setzte er seine Ausbildung in der Praxis fort. In Ahvaz, ganz im Süden des Iran, und später dann in der Hauptstadt Teheran, arbeitete er in großen Werkstätten. Bis Nikhbahds Leben sich 2015 so änderte, wie das von so vielen jungen Iranern in jener Zeit. Sie mochten die religiöse Diktatur nicht länger widerspruchlos hinnehmen. Ins Detail geht Nikhbahd nicht, „politische Probleme“, so nennt er es. Er musste fliehen.

Mit seiner Frau kam er nach Deutschland, fand sich in Bielefeld wieder, im November 2015 war das. Das Paar beantragte Asyl. Es war eine, wenn man so will, günstige Zeit dafür. 2016 erkannte das Bundesamt für Asyl und Migration etwa 60 Prozent aller iranischen Antragsteller_innen an. Die Lage in dem Land galt als repressiv. Auch Nikhbahd und seiner Frau wurde Schutz „zuerkannt“, wie es heißt, jedenfalls vorübergehend: drei Jahre dürfen sie erst einmal in Deutschland bleiben. Sie zogen nach Bochum, fanden eine Wohnung, bezogen Sozialleistungen vom Jobcenter.

Aber Nikhbahd wollte das nicht mehr. „Ich will selber Geld verdienen“, sagt er. „Wenn ich eine Stelle finde, dann kann ich umziehen, in eine große Stadt.“ Frankfurt, zum Beispiel, Hamburg oder München. „Da will ich gern leben.“ Er besucht den A1- und den A2-Kurs und er erfuhr beim Jobcenter, dass er nicht einfach so in Deutschland in seinem Beruf arbeiten kann, sondern nachweisen muss, dass er dafür genug über sein Handwerk weiß.

„Meine Zeugnisse habe ich alle mitgenommen“, sagt Nikhbahd. Die Beraterin Nino Melashvili vom IQ Netzwerk in Essen besprach mit der Handwerkskammer, welche Papiere Nikhbahd genau würde vorlegen müssen. „Ich habe dann alles übersetzen lassen.“ 500 Euro hat das gekostet, das Jobcenter hat bezahlt. Im Februar 2017 schickte er die Unterlagen zur IHK, dann ging es schnell. Im April erfuhr er: Seine Ausbildung ist einer deutschen „gleichwertig“.

Sein Deutsch aber war noch mangelhaft, jedenfalls für seinen Beruf. Er stellte einen Antrag, besuchte den B2-Kurs, lernte weiter. Im Februar 2018 schließlich absolvierte er auch diese Prüfung. Das, glaubte er, reichte vorerst. „Dann habe ich angefangen, Bewerbungen zu schreiben.“ Auf „stellenanzeigen.de“ schaut Nikhbahd sich um, nach Offerten vor allem in den großen Städten, in denen er gern leben will. Bisher hatte er kein Glück, aber so schnell gibt er nicht auf.

Kritik an Spahns Pflege-Plänen

Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung gibt es aktuell 17.000 offene Stellen in den Pflegeheimen. Zu seinem Amtsantritt hatte der neue Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angekündigt, mehr Pflegekräfte aus dem Ausland für einen Job in Deutschland zu gewinnen. Er forderte eine raschere Anerkennung von Abschlüssen für Pflegekräfte und Ärzte aus dem Ausland. Verbände und andere Parteien äußerten nun Kritik.

Pflegekräfte aus den Nachbarländern einzuladen, „ist die nächstliegende Option“, sagte Spahn der Rheinischen Post. Er verwies dabei auf die in der EU geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit. Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach twitterte: „Wir sollten nicht anderen Ländern Pflegekräfte wegkaufen, dort fehlen sie auch bereits.“ Die Sprecherin für Pflegepolitik der Grünen-Bundestagsfraktion, Kordula Schulz-Asche, rief Spahn auf, „schnellstmöglich ein umfassendes Programm für eine Pflege-Offensive“ vorzulegen. Sie hoffe, dass Spahns Vorschlag „mehr als nur bloße Schaumschlägerei“ sei. Denn die im Koalitionsvertrag genannten 8.000 zusätzlichen Stellen in der Pflege würden längst nicht ausreichen. „Wir fordern ein Pflege-Sofortprogramm mit 50.000 zusätzlichen Stellen in Alten- und Krankenpflege“, so Schulz-Asche. Neben einer höheren Attraktivität des Pflegeberufs sei die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland ein möglicher Weg, fügte Schulz-Asche hinzu. „Es reichen aber nicht nur vereinfachte Anerkennungsverfahren, sondern wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz.“ Sabine

Zimmermann, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, sagte dass der Personal-mangel in der Pflege hausgemacht sei. „Schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und extreme Arbeitsbelastung – der Pflegeberuf muss attraktiver gemacht werden.“

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz verwies da-rauf, dass ausländische Ärzt_innen meist an mangelnden Sprachkenntnissen scheiterten. Bis zu 50 Prozent fielen durch. „Die erst 2015 eingeführten verschärften Sprachtests müssen aber bleiben“, sagte Stiftungsvorstand Eugen Brysch der Deutschen Presse-Agentur. Schließlich habe der Arzt/die Ärztin Patientengespräche zu führen. Nur so könne er/sie die richtige Diagnose stellen und dem Patienten die Behandlung erläutern. „Es ist also graue Theorie zu behaupten, die schleppende Anerkennung der Abschlüsse sei das Problem.“ Brysch wies zudem darauf hin, dass ausländische Ärzt_innen in Deutschland nicht einmal ihre Approbation erneut ablegen müssen. „Das ist für Ärzte aber Pflicht, die in Deutschland ihren Abschluss erworben haben, um im Nicht-EU-Ausland zu arbeiten.“



Symbolfoto: © smartinka-Photocase.com

Anerkennungs-News

Unis sollen informelle Kompetenzen von Geflüchteten leichter anerkennen

Hochschulen in Deutschland müssen die Angebote für geflüchtete Student_innen besser auf deren Bedürfnisse abstimmen. Das fordern die Autor_innen einer Studie des Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität Berlin. In erster Linie sollte die Anerkennung der im Ausland erworbenen Abschlüsse und Kompetenzen verbessert werden, sagten Wissenschaftler des Projekts „Flucht: Forschung und Transfer“. Ansätze wie etwa die Datenbank „anabin“ müssten ausgebaut werden. Das Portal „anabin“ bietet Informationen darüber, welche ausländischen Abschlüsse mit denen in Deutschland vergleichbar sind. Auch Online-Angebote für Studierende, damit sie einzelne Studienleistungen nachholen können, seien hilfreich, aber noch zu selten verfügbar, sagte die BIM-Forscherin Julia von Blumenthal. Das deutsche Bildungssystem sei noch immer sehr stark auf formale Bildungsabschlüsse konzentriert, kritisierte Blumenthal: „Kompetenzen, die nicht zertifiziert sind, werden häufig nicht anerkannt.“ Flüchtlingen fehlten oft

Zertifikate über Qualifikationen, die sie vor der Flucht erworben hätten.

Bundesrat fordert schnellere Anerkennungsverfahren

Der Bundesrat hat sich für die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ausgesprochen. Bund und Länder seien gemeinsam in der Verantwortung, die Verfahren zu beschleunigen, heißt es in einem Beschluss der Länderkammer von Ende März. Mit einer „schnellen qualifikationsadäquaten Integration von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt“ könne auch dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegengewirkt werden. Gerade für Flüchtlinge spiele die Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikation eine wichtige Rolle, heißt es in der Entschließung weiter. Bund und Länder müssten gemeinsam prüfen, welche rechtlichen und finanziellen Schritte in dieser Legislaturperiode möglich seien. Wann sich die Bundesregierung mit der Entschließung befasst, ist noch nicht klar. Die Aufforderung der Länderkammer ist rechtlich nicht verbindlich.



News + Termine

Warum wird so viel Kindergeld ins Ausland überwiesen?

Die Bild-Zeitung hatte im März eine parlamentarische Anfrage der AfD zur Zahlung von Kindergeld ins Ausland aufgegriffen. Demnach überwies die Bundesagentur für Arbeit 2017 etwa 343 Millionen Euro Kindergeld an Konten im Ausland. Die Kindergeldzahlungen ins Ausland hätten sich damit seit 2010 etwa verzehnfacht. Dies war von rechten Politiker_innen skandalisiert worden. Für den Mediendienst Integration erklärte der Forscher Herbert Brücker vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), warum diese Zahlungen keineswegs ein Skandal sind. Der Grund sei, dass viel mehr EU-Ausländer_innen in Deutschland leben, arbeiten und Steuern zahlen als noch vor ein paar Jahren, so Brücker. „Und bei manchen von ihnen leben die Kinder im Ausland.“ Es sei eine typische Migrationsentwicklung, dass am Anfang Alleinstehende und dann erst die Familienväter oder -mütter kämen. „Die meisten kommen mit ihren Familien, manche lassen aber auch ihre Angehörigen zu Hause zurück.“ Und wer in Deutschland lebe und arbeite habe eben Anspruch auf Kindergeld.

<https://bit.ly/2F7iFCB>

GdP will keine „Anker“-Zentren

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) lehnt die von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) geplanten Rückführungszentren für Flüchtlinge vehement ab. Die so genannten Anker-Zentren seien mit dem deutschen Recht unvereinbar. Das geht aus einem zehnteiligen Schreiben hervor, das die GdP an die Bundestagsfraktionen von Union, SPD, FDP, Grünen und Linken geschickt hat. Die Funke Mediengruppe hatte zuerst über den Brief berichtet. Die „Internierung oder Freiheitsentziehung“ bringe zudem keine schnelleren Asyl-Entscheidungen. Womöglich plane die Regierung mit den Lagern sogar „eine Haft ohne richterlichen Vorbehalt“, schreibt die Polizeigewerkschaft. Dies würde gegen das Grundgesetz verstoßen. Die GdP wolle auch „keine Lagerpolizei“ sein, heißt es in dem GdP-Brief weiter. In den „Anker“-Zentren für Flüchtlinge, in denen Neuankömmlinge und Abzuschiebende zusammengesperrt würden, würde „ein erhebliches Aggressions- und Gefährdungspotenzial heranwachsen“, warnte die Gewerkschaft.

EU-Gericht stellt deutsche Familiennachzugs-Regelung infrage

Deutschland muss den Familiennachzug für Angehörige minderjähriger Flüchtlinge voraussichtlich

großzügiger gestalten. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ist für das Recht auf Familiennachzug das Alter des Flüchtlings bei EU-Einreise und Asylantrag entscheidend. Flüchtlinge, die während des Asylverfahrens volljährig werden, dürften beim Familiennachzug nicht benachteiligt werden, entschieden die Richter. Allerdings müsse der Antrag innerhalb von drei Monaten nach der Asylentscheidung gestellt werden. Zur Rechtslage in Deutschland hatte es zuvor aus dem Auswärtigen Amt geheißt: „Der Nachzugsanspruch von Eltern zu einem in Deutschland lebenden, minderjährigen, anerkannten Flüchtling (...) besteht nach ständiger Rechtsprechung nur vor Eintritt der Volljährigkeit des Kindes. Ein Visum kann daher nur erteilt werden, solange das Kind minderjährig ist.“

„Die Arbeit jenseits der Heimat“ – Das neue Buch des IG Metall-Mitglieds Bernardino di Croce

Der Italiener Bernardino di Croce kam 1960 mit knapp 17 Jahren mit seinem Vater nach Deutschland. Jetzt hat das langjährige IG Metall-Mitglied über sein Leben als Migrant und Gewerkschafter ein Buch geschrieben. „Wir bekamen 20 bis 30 Prozent weniger Lohn als die Deutschen. Aber wir konnten uns kaum wehren. Weil wir kein Deutsch verstanden, kannten wir unsere Rechte nicht“, sagt di Croce. Betriebe und die deutsche Gesellschaft hätten sich „keine Mühe mit uns“ gegeben. „Alle glaubten: Lohnt sich nicht, die bleiben ja eh nur ein paar Jahre.“ Di Croce und Kollegen hätten dann „in der IG Metall angefangen, Seminare zu veranstalten: in Italienisch, Türkisch und anderen Fremdsprachen.“

<https://bit.ly/2HiZGer>

Hamburg: Archäologisches Museum zeigt Ausstellung zur langen Geschichte der Migration

„Zwei Millionen Jahre Migration“ ist der Titel der Sonderausstellung, die das Archäologische Museum Hamburg vom 13. April bis 2. September 2018 zeigt. Die Ausstellung verdeutlicht mit einem Blick in unsere früheste menschliche Entwicklungsgeschichte, dass Mobilität und Migration selbstverständliche Bestandteile des Menschseins und kein modernes Phänomen sind. Die Spurensuche im Museum führt dabei von den Wurzeln des Menschen in Afrika über Asien bis nach Europa. Wie begann die Reise des Menschen, welche Ursachen, Mechanismen und Auswirkungen stehen hinter dem Phänomen der Migration?

<https://bit.ly/2JeDYVe>

Termine

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord

Teil I: 31. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Bremen

Rheinland-Pfalz/Saarland und Hessen-Thüringen

Teil I: 31. August bis 01. September 2018

Teil II: 14. bis 15. September 2018

Veranstaltungsort: Kaiserslautern

Sachsen und Berlin-Brandenburg

27. bis 29. September 2018

Veranstaltungsort: Leipzig

Bayern und Baden-Württemberg

11. bis 13. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

16. bis 18. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Erfurt

Interkulturelle Öffnung weiterentwickeln

21. Juni 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Fachseminar Alphabetisierung

23. Juni 2018

Veranstaltungsort: Frankfurt

07. Juli 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Keine Panik vor Dynamik

06. September 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

16. bis 21. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Unterstützung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung im Betrieb

20. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Mentor_innentraining

26. bis 27. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Berlin

16. bis 17. November 2018

Veranstaltungsort: Hamburg

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Impulse für Offenheit setzen!



© Foto: DGB/Simone M. Neumann

Kommentar von DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach

Mitte Mai kommen 400 Delegierte aus allen Gewerkschaften in Berlin zum DGB Bundeskongress zusammen. Hier geht es um unseren Beitrag und unsere Forderungen zu Weltoffenheit, Demokratie und Menschenwürde im Betrieb und in der Gesellschaft. Da gehört das Thema Migration natürlich mitten hinein.

Das ist umso wichtiger, als die amtierende Regierungskoalition Schutzrechte für Asylsuchende abbaut. Was ist das für eine absurde Idee, alle Asylsuchenden während des Verfahrens in so genannten Ankunftszentren unterzubringen – mit der Begründung Asylverfahren würden so effizienter?

Solch ein Vorgehen schwächt die Integration, denn die Asylsuchenden dürfen in dieser Zeit weder arbeiten noch Integrationssprachkurse besuchen. Problematisch sind auch die Vorschläge zum Familiennachzug bei subsidiär geschützten Flüchtlingen. Am 1. Februar wurde der Familiennachzug per Gesetz für weitere Monate ausgesetzt und eine monatliche Quote von 1.000 Personen festgelegt. Mit dieser Quote wird das Grundrecht auf Einheit der Familie an eine Obergrenze gebunden und damit faktisch ausgehebelt.

Wo im Koalitionsvertrag positive Ansätze zu finden sind, werden wir uns dafür engagieren, dass auch praktisch etwas Positives herauskommt, z.B. wenn in Zukunft auch für Geduldete Angebote für Spracherwerb und Beschäftigung entwickelt und die vorhandene Ausbildungsduldung zeitlich erweitert werden sollen. Angekündigt ist ein Regelwerk zur Steuerung

der Fachkräftezuwanderung – wir sind gespannt und werden uns einmischen. Nicht vernachlässigt werden darf die Frage gesellschaftlicher Teilhabe, das greift die Regierungskoalition bislang bei Weitem nicht genug auf. Nötig wäre ein Gesetz zur Verbesserung der ökonomischen und gesellschaftlichen Teilhabechancen, wie es der DGB fordert.* Wir stehen für eine offene Gesellschaft mit gleichen Teilhabechancen für alle Bevölkerungsgruppen – dafür will der Leitantrag die Weichen stellen. Damit gute Arbeit, Bildung und Ausbildung und nicht zuletzt soziale Sicherheit für alle möglich ist. Dabei ist klar, dass wir als Gewerkschaften Ausbeutung und Lohndumping mit allem Nachdruck bekämpfen. Dafür brauchen wir klare Regeln am Arbeitsmarkt, die die Menschenwürde schützen und die auch über Ländergrenzen hinweg durchgesetzt werden. Es ist ein dickes Brett das durchzusetzen, aber zentral für ein soziales Europa.

Helfen soll dabei – so ein anderer Antrag – die weitere Unterstützung des Projekts Faire Mobilität des DGB Bundesvorstandes: ein Plädoyer dafür, das Angebot so auszuweiten, dass mobile Beschäftigte künftig in allen Bundesländern eine arbeits- und sozialrechtliche Erstberatung bekommen können. Das soll dazu beitragen, anständige Löhne und faire Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt durchzusetzen.

Gerade Frauen sind oft Opfer von Menschenhandel – sei es wegen sexueller Ausbeutung oder zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, insbesondere in Privathaushalten. Dieses Problem wird jedoch in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Der Antrag „Menschenhandel und Arbeitsausbeutung von Frau-

en stoppen“ fordert die Bundesregierung und die Landesregierungen deshalb auf, finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Damit sollen Fachberatungsstellen für Betroffene besser ausgestattet und spezielle Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen entwickelt werden.

Auch der Bundesjugendausschuss hat einen Antrag eingebracht, der sich mit der Situation Geflüchteter befasst. Er fordert u.a. Asylverfahren zügig und rechtssicher zu gestalten und den Aufenthalt während der Ausbildung rechtssicher zu machen, unabhängig vom Duldungssystem.

Wir stehen als Gewerkschaften dafür ein, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden, weder im Betrieb noch in der Gesellschaft. Da ist es eine große Stärke, viele Menschen mit Migrationshintergrund in unseren Reihen zu haben. Ich bin sicher, der DGB Bundeskongress wird wichtige Impulse setzen – auch, wenn es darum geht, Solidarität zu leben und zu fördern, Menschenverachtung und jeglicher Ethnisierung von Konflikten klar entgegenzutreten.

 [*http://www.dgb.de/-MMq](http://www.dgb.de/-MMq)

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRdert VOM

